Presseinformation

Bgm. Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Österreichischer Gemeindebund

Mödlhammer: Gemeinden sind zu Reformen bereit

Gemeindefinanzen erfordern rasches Handeln von Bund, Ländern und Gemeinden

„Wir stehen für jeden konstruktiven und nachhaltigen Reformansatz bereit", sagte heute, Montag, Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer anlässlich der Präsentation des Gemeindefinanzberichtes. Auf Basis der Rechnungsabschlüsse des Jahres 2009 analysiert der Gemeindefinanzbericht die Finanzlage der Gemeinden. „Das Jahr 2009 war aufgrund sinkender Steuereinnahmen und steigender Auf- und Ausgaben natürlich für die Gemeinden extrem schwierig", so Mödlhammer. „An der Reformbereitschaft der Kommunen besteht allerdings kein Zweifel."

„Wir stehen jederzeit zur Verfügung, wenn es um die Umsetzung einer Verwaltungsreform geht", bekräftigte Mödlhammer. „Sinnvollerweise sollte es zuvor aber eine Aufgabenreform geben, damit lückenlos geklärt ist, wer für die Durchführung und die Finanzierung welcher Aufgabe zuständig ist." Mödlhammer nannte als Beispiel die Kinderbetreuung. „Für diesen Bereich sind derzeit insgesamt vier Ministerien und neun Bundesländer zuständig, die ständig anschaffen, was zu geschehen hat. Ausführen und zahlen müssen es allerdings die Gemeinden." Er, Mödlhammer, trete dafür ein, die Kinderbetreuung ausschließlich den Gemeinden zu überlassen. In anderen Bereichen wiederum sei es sinnvoller, wenn die Zuständigkeit beim Bund oder den Ländern liege. „Eine reine Verwaltungsreform ohne Aufgabenreform wird jedoch nicht sehr viel an Einsparungen bringen."

Die größten Probleme, so Mödlhammer weiter, hätten die Gemeinden in den Bereichen Pflege und Gesundheit. „Das sind Kosten, die wir nicht im Geringsten beeinflussen können, wo die Steigerungsraten aber am größten sind. So viel Geld können wir gar nicht einnehmen, dass diese Steigerungen damit abzufangen wären." In diesem Bereich bedürfe es daher einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden, um die künftige Finanzierung sicherzustellen. „Ich sage auch klipp und klar, dass ich den Stabilitätspakt nicht unterschreiben werde, wenn es für die Finanzierung der Pflege keine nachhaltige Lösung gibt. Es kann nicht sein, dass immer andere anschaffen, was sie sich wünschen, und wir Gemeinden sollen das dann bezahlen."

Im Hinblick auf die Gemeindefinanzen wagte Mödlhammer auch eine Prognose für das laufende Jahr 2010, das buchhalterisch noch nicht abgeschlossen ist, bzw. auf 2011. „Heuer werden wir bei den Einnahmen vermutlich mit einem blauen Auge davonkommen, die Talsohle scheint durchschritten. Das hilft uns allerdings nicht viel, weil uns die Kosten in den schon erwähnten Bereichen davonlaufen." Für 2011 könnten die Gemeinden wiederum mit steigenden Bundesertragsanteilen rechnen, u.a. deshalb, weil dann die zweite Tranche des Finanzausgleichs in Kraft tritt, die vor allem den kleinen Gemeinden zusätzliche Einnahmen zugestehe.

„Ich warne aber eindringlich davor, zu glauben, dass damit die finanziellen Sorgen der Gemeinden vorbei sind", so Mödlhammer. „Die Kommunen sind nach wie vor die am stabilsten wirtschaftende Gebietskörperschaft, wir können allerdings sicherlich keine zusätzlichen Aufgaben mehr übernehmen."

Von der Bundesregierung und den Ländern forderte der Gemeindebund-Chef einerseits mehr Aktivität in der Frage der Pflege- und Gesundheitsfinanzierung, andererseits auch einen „gegenseitigen Belastungsstopp". „Man kann den Menschen nicht dauernd neue Dinge versprechen, wenn die Finanzmittel nicht vorhanden sind, um all das zu bezahlen", so Mödlhammer abschließend.

Rückfragehinweis: Daniel Kosak (Leiter Kommunikation & Medien)
daniel.kosak@gemeindebund.gv.at
Tel.: 512 14 80-18; mobil: 0676 53 09 362